BILD am Sonntag und Professor Straubhaar verdrehen die Wirklichkeit und verhöhnen die Alten!

DGB ver.di SENIOREN aktiv IG

10 notwendige Richtigstellungen, erarbeitet von Senioren des DGB, der IG Metall und von ver.di aus Flensburg, Rendsburg, Neumünster, Kiel, Elmshorn und Hamburg.

Vorwort:

Eine Woche nachdem der paritätische Gesamtverband seinen Armutsbericht veröffentlichte, konterte die die BILD am Sonntag am 22.2.2015 mit einer unverschämten Kampagne.

Der Paritätische Gesamtverband hatte festgestellt, dass die Armutsquote der Rentner und Pensionäre in den letzten sieben Jahren „dramatische Zuwächse“ von 47,5% aufwies. 2013 hatten 15,2% dieser Bevölkerungsgruppe ein Einkommen, das unter der Armutsschwelle lag.

„Die Armut alter Menschen und Rentner nimmt sehr viel stärker zu als bei irgendeiner anderen Bevölkerungsgruppe.“

BILD am Sonntag und Straubhaar behaupten glatt das Gegenteil: Es gäbe praktisch keine Altersarmut in Deutschland. Der jetzigen Rentnergeneration gehe es so gut wie keiner vor ihr.

Was nach ihnen passiere, sei den heutigen Rentnern völlig egal. Sie seien egoistisch und lebten zu Lasten der jüngeren Generation. Wenn nicht dagegen gesteuert würde, drohe die **„Diktatur der Alten“**. Deshalb müsse das Wahlrecht geändert werden.

Die Behauptungen der BILD wurden in den folgenden Tagen von vielen Medien als Tatsachen aufgegriffen und teilweise noch verschärft. Es ist zu befürchten, dass die „Argumente“ der BILD und von Professor Straubhaar uns in Zukunft häufig entgegengehalten werden.

Wir sehen in den Artikeln die Absicht, uns zu verunsichern und zu spalten. In unserem Kampf um eine solidarische, krisenfestere Rentenversicherung und gegen stark ansteigende Altersarmut sehen wir uns gut beraten, dem entgegenzutreten.

Im Folgenden sind
- zehn notwendige Richtigstellungen auf je einer Seite dargestellt,
- die wichtigsten Aussagen von Straubhaar und BILD dokumentiert und
- der Aufruf vieler gewerkschaftlicher Seniorenarbeitsgruppen:

„Politiker die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“

beigefügt.

Neumünster, im April 2015

Hans-Jürgen Scheibe (Kiel) *Jürgen Jessen* (Flensburg) *Peter Schwertfeger* (Neumünster)

Rolf-Rüdiger Beyer (Hamburg) *Günther Schwarz* (Rendsburg) *Christian Koberg* (Kiel)

Uwe Pläging (Neumünster) *Norbert Fischer* (Kiel) *Wolfgang Stier* (Elmshorn)

Reiner Heyse (Kiel) *Wolfgang Thiele* (Flensburg) *Hans-Jürgen Polke* (Kiel)

Jürgen Fischer (Hamburg) *Jürgen Zeschke* (Rendsburg)

Inhaltsverzeichnis:

Richtigstellung 1	**„Der heutigen Rentnergeneration geht es besser als jeder Rentnergenration vor ihr."**	Seite 4
Richtigstellung 2	**„Der überragende Teil der über 65 jährigen …braucht keinen weiteren Cent vom Staat, um über die Runden zu kommen. Altersarmut existiert in Deutschland praktisch nicht."**	Seite 5
Richtigstellung 3	**„Mit höherem Wohlstand wächst der Appetit auf mehr" - Rentner sind empfindlich und bekommen nie genug.**	Seite 6
Richtigstellung 4	**„Ihre Angst vor Armut ist geprägt durch die Erfahrungen der Eltern und Großeltern in der Nachkriegszeit."**	Seite 7
Richtigstellung 5	**Jetzige Rentner: „Goldene Generation" – den zukünftigen wird es nur noch schlechter gehen.**	Seite 8
Richtigstellung 6	**Schon jetzt bestimmen die Alten die Politik. Mit den Babyboom-Jahrgängen wird es endgültig eine Diktatur der Alten geben.**	Seite 9
Richtigstellung 7	**Bild am Sonntag kann nicht rechnen**	Seite 10
Richtigstellung 8	**Die drohende Diktatur hat jetzt schon Vorboten: die Rente ab 63 und die Erhöhung der Mütterrente**	Seite 11
Richtigstellung 9	**Die Alten- Diktatur kann verhindert werden, indem das Wahlrecht geändert wird. In Zukunft sollten die Eltern das Wahlrecht für ihre Kinder bekommen (eine Stimme pro Kind)**	Seite 12
Richtigstellung 10	**BILD am Sonntag ignoriert die Aussagen der eigenen Umfrage**	Seite 13
BILD am Sonntag vom 22.02.15 – **reißerische Aufmachung**		Seite 14
BILD am Sonntag vom 22.02.15 – **Interview mit Professor Straubhaar**		Seite 15
BILD am Sonntag vom 22.02.15 – **zweifelhafte Zahlen, falsche Rechnungen**		Seite 16
BILD am Sonntag vom 22.02.15 – **hochinteressante EMNID-Umfrage**		Seite 17
Aufruf der gewerkschaftlichen Seniorengruppen		Seite 18
Argumente zur Erklärung des Aufrufs		Seite 19
Aufruf zur Beteiligung		Seite 20

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 1

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

„Der heutigen Rentnergeneration geht es besser als jeder Rentnergenration vor ihr.“

Das ist völlig falsch. Richtig ist:

Die realen Renten (nach Abzug der Inflation) sind seit 1991 um 13% gesunken. Das bedeutet, dass **der Lebensstandard der Rentner auf den Stand von 1983 herabgesunken ist**.

BILD liefert Zahlen (Seite 16):

Die Rentnerhaushalte haben ein durchschnittliches **Monatseinkommen von netto 2.165€.**

Diese Durchschnittszahl verzerrt die Wirklichkeit total:

Denn sie beinhaltet Einnahmen aus Vermögen von 398 € und aus Vermietung und Verpachtung von 328€. Also zusammen **726€** die für 70% bis 80% der Rentnerhaushalte überhaupt keine Rolle spielen. Es verbleibenden **tatsächliche 1.439€** Durchschnittseinkommen, das sich 1,5 Personen teilen müssen.

BILD-Zahlen (Seite 16):

Die Rentnerhaushalte haben ein durchschnittliches **Gesamtvermögen von 144.200€.**

Auch diese Durchschnittszahl verzerrt die Wirklichkeit total:

Denn sie beinhaltet als Durchschnittszahl auch die großen und sehr großen Vermögen.

Viel aussagekräftiger ist der sogenannte Medianwert. Er gibt das Vermögen des Haushalts in der Mitte aller Haushalte an. Bei 10,740 Millionen Rentnerhaushalten ist das der 5,370igste Haushalt.

Dieser mittlere Haushalt hat ein Gesamtvermögen (Geld- und Wohnungseigentum) von **38.900€,** also **105.300€** weniger als BILD seinen Lesern einreden will. 50% der Haushalte haben weniger bis gar nichts oder sogar Schulden.

BILD-Zahlen:

44,9% der Rentnerhaushalte **besitzen Wohneigentum**.

Dazu muss man wissen:

43,1% aller Haushalte in der Bundesrepublik haben Wohneigentum. Sicher ist der Anteil bei den Haushalten der 20- bis 30jährigen deutlich niedriger. Was also soll uns die Zahl 44,9% sagen?

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ **Richtigstellung 2**

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

„Der überragende Teil der über 65 jährigen …braucht keinen weiteren Cent vom Staat, um über die Runden zu kommen. Altersarmut existiert in Deutschland praktisch nicht.“

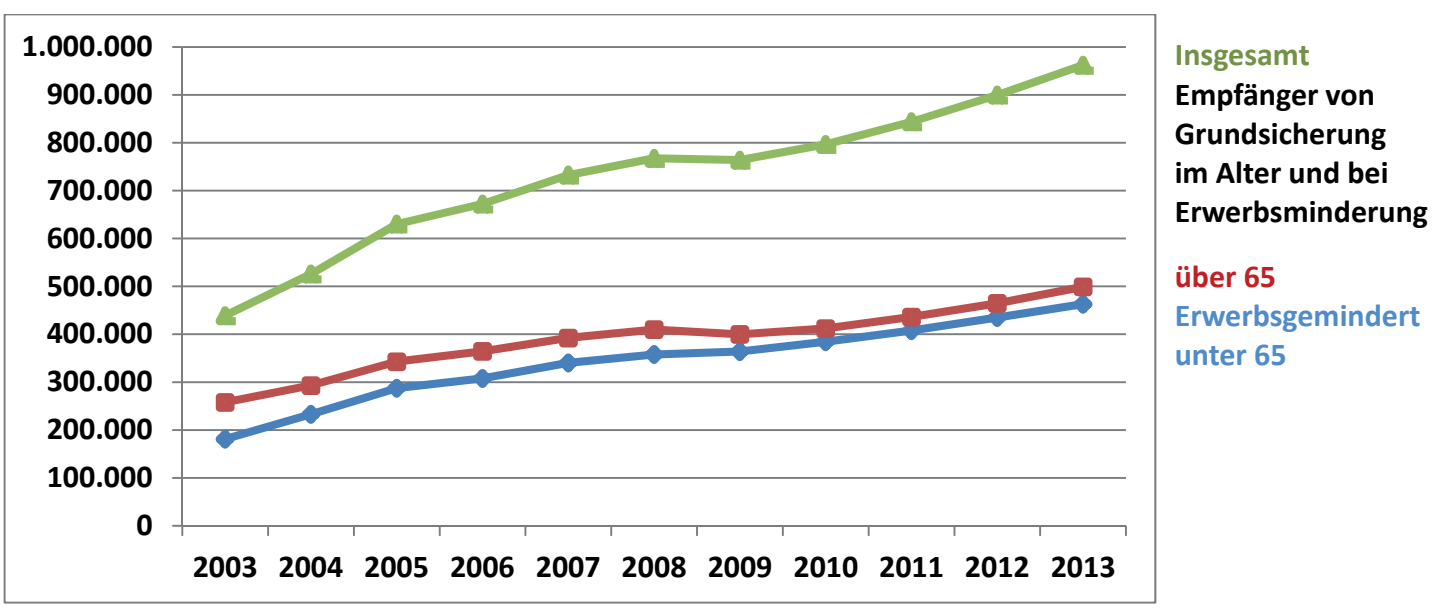
Das ist pure Verhöhnung, angesichts der amtlich ermittelten Zahlen:

500.000 Rentner erhalten Grundsicherungsbeträge, weitere 400.000 erhalten statt Grundsicherungsbeträge Wohngeld. 900.000 Menschen sind nicht „überragend“?

Sozialwissenschaftler ermittelten, dass zwischen 34% und 43% ihre Ansprüche nicht geltend machen. Die verdeckte Altersarmut liegt demnach bei zusätzlich 300.000 bis 400.000 Menschen!

Also **bekamen 1.200.000 bis 1.300.000 Menschen über 65 eine Rente, die unter der Grundsicherung lag**.

Die Zahlen haben sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt!



Die Grundsicherung (früher Sozialhilfe genannt) liegt derzeit bei ca. **740€**. Das ist der Betrag des absoluten Existenzminimums – darunter kommt Obdachlosigkeit, Betteln, Hunger.

Die **Armutszone ist viel breiter**. Die amtlich festgestellte Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit bei ca. **930€,** also 190€ höher als die Grundsicherung. Mittlerweile haben 15% der über 65jährigen, das sind über **2.500.000 Menschen**, ein Einkommen unter dieser Schwelle.

Auch hier gibt es einen rasanten Anstieg der Betroffenen. In den letzten 7 Jahren ist deren Zahl um 50% gestiegen!

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ **Richtigstellung 3**

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

„Mit höherem Wohlstand wächst der Appetit auf mehr“ - Rentner sind empfindlich und bekommen nie genug.

Man muss da fragen: Schließt da jemand von sich auf andere?

Die Rentnergeneration kann da nicht gemeint sein, denn der vermeintliche Wohlstand ist in den letzten 25 Jahren ständig gesunken und hat den Stand von 1983 erreicht (Richtigstellung 1).

Die Rentner sind nicht empfindlich, aber sensibel, wenn ihre Lebensleistung in den Dreck argumentiert wird und ihnen Rücksichtslosigkeit gegenüber Jüngeren angedichtet wird.

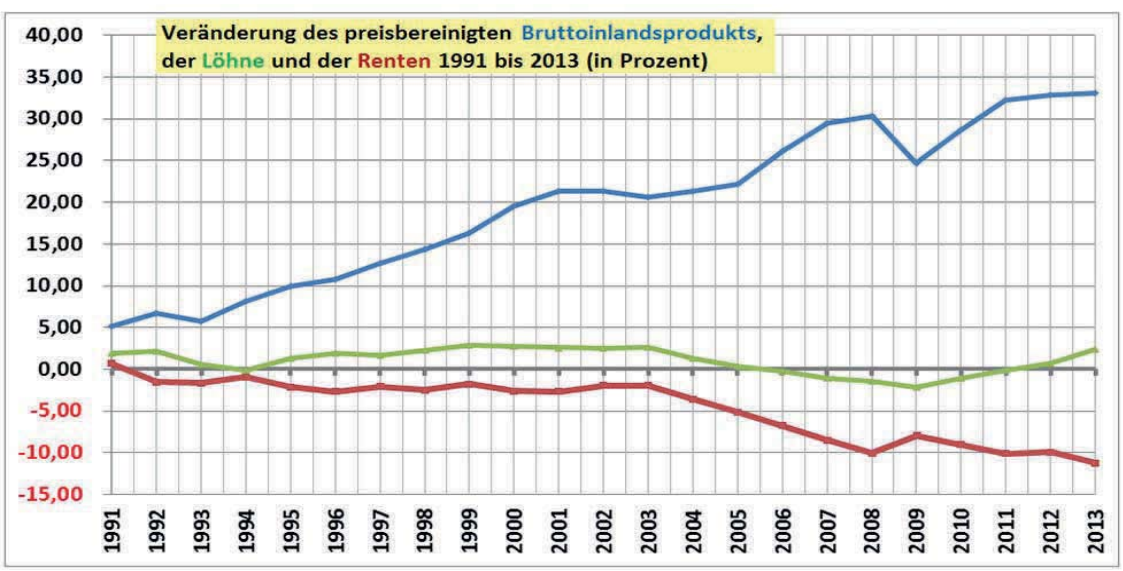
Der „Appetit auf mehr“ ist der natürliche Anspruch der Rentner, dass die erbrachte Lebensleistung (Erziehung und Versorgung der Kinder, Versorgung der Alten über Rentenbeiträge, Steigerung des Wohlstands der Gesellschaft durch harte Arbeit und Finanzierung des Staates durch Lohn- und Verbrauchssteuern) **auch im Alter durch eine lebensstandsichernde Rente gewürdigt wird.**

Der selbstverständliche Anspruch der Rentner lautet so:

„Wir haben in unserem aktiven Arbeitsleben mit den Gewerkschaften Löhne erkämpft, die unseren Lebensstandard ausmachten. Von den Lohnerhöhungen haben auch unsere in Rente befindlichen Eltern und Großeltern Gutes gehabt. Denn ihre Renten stiegen so stark, wie unsere erkämpften Löhne.

Unser natürlicher Anspruch ist, dass das so bleibt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger!“

Durch gesetzliche Vorschriften wird der Abstand zwischen der Lohn- und der Rentenentwicklung von 2000 bis 2030 um 25% auseinandergerissen. Seit 2000 bis heute ist die Schere bereits um 13% auseinander gegangen.



Blaue Linie: Das Bruttoinlandsprodukt zeigt den Reichtum des Landes (Summe aller Waren und Dienstleistungen).

Bei der Verteilung dieses Reichtums sind Löhne und noch stärker Renten, eindeutig die Verlierer gewesen.

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 4

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

„Ihre Angst vor Armut ist geprägt durch die Erfahrungen der Eltern und Großeltern in der Nachkriegszeit.“

Das ist wirklich absurd:

Da sagen in einer Emnid-Umfrage (die 3 Tage vor dem Artikel für BamS durchgeführt wurde) 69% der Befragten, dass ihre zukünftige Rente zum Leben nicht ausreichen wird (Seite 17).

Und weder BILD noch Straubhaar gehen auf diese Zukunftseinschätzung ein, sondern begründen eine berechtigte Sorge mit Zuständen, die 40 bis 60 Jahre zurück liegen!

Tatsächlich verhält es sich so:

Die berechtigte Angst ist nicht in der Vergangenheit zu sehen, sondern in der Gegenwart und in der Zukunft!

Die Rentensteigerungen (die noch nicht einmal zum Inflationsausgleich reichten) haben die Renten auf ein Niveau gebracht, dass in einem enorm wachsenden Ausmaß unter dem Existenzminimum liegt. Diese Entwicklung wird verstärkt zunehmen. Das ist durch amtliche Statistiken belegt und das spricht sich rum (siehe Richtigstellung 2).

Die Erfahrung der jetzigen Rentnergeneration besagte noch bis vor 15 Jahren:

Durch Abgaben auf Arbeitseinkommen und soziale Gesetze kann ein menschenwürdiges Leben auch im Alter gewährleistet werden.

Diese positive Erfahrung wird abgelöst durch die Sorge, dass das nicht mehr gewollt ist und dass die Jüngeren in einem unerträglichen Ausmaß von Altersarmut bedroht sind.

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 5

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

Jetzige Rentner: „Goldene Generation“ – den Zukünftigen wird es nur noch schlechter gehen.

Tatsächlich verhält es sich so:

Wer, wie BILD, nur Rentner auf Luxusschiffen, auf Mallorca und mit schweren Perlenketten präsentiert, verfolgt die Strategie, Jung gegen Alt aufzuhetzen. Neid soll entstehen.

Eine „Goldene Generation“, aber immer länger werdende Schlangen vor Suppenküchen und Tafeln ? – seriöse Berichterstattung sieht anders aus!

Wenn etwas „golden“ ist, dann sind es die Bedingungen, unter denen heute gewirtschaftet werden kann. Die wirtschaftliche Entwicklung wird geprägt durch Produktivkapital bzw. Investitionen, durch Infrastruktur und die Fähigkeiten der menschlichen Arbeitskräfte.

Das Sozialprodukt ist in den vergangenen Jahrzehnten kräftig gestiegen. Aus diesem Sozialprodukt werden die laufenden Sozialleistungen, also auch die Renten, finanziert.

Die jetzt älteren Generationen haben mit ihrer Arbeit den Wohlstand in diesem Land erarbeitet. Das ist ihre Vorleistung auf den Anspruch einer lebensstandardsichernden Rente und zur Teilhabe am wachsenden Wohlstand in der Gesellschaft.

Wenn der Reichtum in Deutschland immer einseitiger zu Lasten der Löhne und der Renten umverteilt wird, dann stehen für Sozialleistungen, also auch für Renten, immer weniger Mittel zur Verfügung (siehe Grafik Seite 6; die Lohnquote ist in den letzten 10 Jahren um 4% eingebrochen – jährlich sind das ca. 80 Milliarden € Umverteilung von unten nach oben).

Dabei funktioniert Ökonomie und Sozialpolitik doch so:

- Höhere Löhne und höhere Renten, führen zu
- höherer Binnennachfrage, die führt zu
- höherem Wirtschaftswachstum, das führt zu
- steigenden Investitionen und höherer Produktivität, die bringen
- mehr Beschäftigung, das alles ermöglicht
- bessere soziale Absicherung.

Warum fragt die BILD am Sonntag den Wirtschaftsprofessor nicht danach?

Warum sagt Straubhaar dazu nichts?

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 6

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

Schon jetzt bestimmen die Alten die Politik. Mit den Babyboom-Jahrgängen wird es endgültig eine Diktatur der Alten geben.

Richtig ist das Gegenteil!

Um nur **die gravierendsten Gesetze gegen „die Alten“** zu nennen:

1992 Umstellung der Rentenberechnung von Brutto- auf Nettolohnbezug: dauerhafte Absenkung des Niveaus um 2-3% (Nettorentenniveau sinkt von 56% auf 53%)

2001 Altersvermögensgesetz (Riester) 1. Dämpfungsfaktor – Riestertreppe

2004 Nachhaltigkeitsgesetz (Rürup) 2. Dämpfungsfaktor – Rentenquotient

Beide Dämpfungsfaktoren senken das Rentenniveau bis 2030 von 53% auf 43%.

2005 Alterseinkünftegesetz mit der ansteigenden nachgelagerten Besteuerung

2007 Anhebung des Renteneintrittalters auf 67 Jahre in Jahresstufen bis 2030

Seit 1992 mehrfache Verschlechterung der Erwerbsminderungsrenten.

Seit 1992 mehrfache Verschlechterung der Renten für Langzeitarbeitslose und Geringverdiener.

Schon die Worte „**Diktatur der Alten**“ zeigt, wessen Geist man aus der Flasche herausholen will.

Wenn es demokratische Mehrheiten zugunsten einer sozialeren Rentenpolitik gibt, wird diese als Diktatur denunziert. Dabei zeigt gerade die BILD-Emnid –Umfrage beeindruckend, dass eine deutlichere Mehrheit der arbeitenden Jahrgänge Rentenkürzungen für ungerecht hält (82% bis 99%) als die über 65-jährigen selbst (77%) (siehe Seite 17).

Wollen BILD / Straubhaar nur von dem fast schon unbegrenzten Einfluss der Lobbyisten von Banken und Versicherungen auf die Politik ablenken? Hier von Gesetzestext diktierenden Diktatoren zu sprechen, käme der Wahrheit ziemlich nahe.

Frage: Warum werden eigentlich die Zahlen einer Emnid-Umfrage (die 3 Tage vor dem Artikel für BamS durchgeführt wurde), die Aufschluss darüber geben dass eine Mehrheit von 84% in diesem Land gegen Rentenkürzungen bei den Rentnern sind, von dem „Top-Ökonomen“ und den BILD-Redakteuren einfach ignoriert?

Antwort: weil diese klaren Mehrheiten ihnen nicht passen.

Merke: Wer Mehrheiten ignoriert, hat das Potential zum Diktatoren.

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ **Richtigstellung 7**

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

BILD am Sonntag „rechnet“ (Seite 16):

Anzahl der Rentner: 20,82 Millionen, das sollen 34% mehr sein als vor 10 Jahren.

Richtig ist:	Anzahl der Rentner 2013:	20,6 Mio.
	Anzahl der Rentner 2003:	19,6 Mio.
	Differenz:	1,0 Mio. **das sind 5% mehr und nicht 34%!**

BILD am Sonntag „rechnet“ (Seite 16):

Anzahl der Beitragszahler: 35,7 Millionen, das sollen 11% mehr sein als vor 10 Jahren.

Richtig ist:	Anzahl der Einzahler 2012:	35,7 Mio.
	Anzahl der Einzahler 2002:	33,9 Mio.
	Differenz:	1,8 Mio. **das sind 5,3% mehr und nicht 11%!**

Die Zahl der Einzahler ist in 10 Jahren also um 5,3% gewachsen, die der Rentner um 5%. Sie halten sich also die Waage.

Warum rechnet BILD so eklatant und offensichtlich falsch? Können die nicht rechnen, oder rechnen sie damit, dass keiner nachrechnet? (Daten alle von der Deutschen Rentenversicherung 2014)

BILD am Sonntag „sagt voraus“:

Der Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung wächst bis 2030 von 20,8% auf 28,3%.

Diese Zahlen basieren auf der Bevölkerungsvorausberechnung von 2009 (bis 2060). Die Zahlen sind schon jetzt stark überholt. Statt des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs von 0,8 Mio., ist die Bevölkerung tatsächlich um 0,8 Mio. **gewachsen**. **Ein Unterschied von 1,6 Mio. in nur 5 Jahren**!

Damit verschiebt sich auch der Anteil der über 65 jährigen an der Gesamtbevölkerung, denn der Zuwachs kommt durch Zuwanderung von jüngeren Menschen.

Wie das Verhältnis im Jahr 2030 tatsächlich ist, kann niemand seriös voraussagen.

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 8

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

Die drohende Diktatur hat jetzt schon Vorboten: die Rente ab 63 und die Erhöhung der Mütterrente.

Das überschreitet die Grenze zur Unverschämtheit:

Die **„Rente mit 63“** beginnt ab 2016 bereits später (mit 63 Jahren und 2 Monaten). Und wird 2027 mit 65 Jahren abschlagsfreien Renteneintritt bei 45 Versicherungsjahren enden. Das war der Gesetzesstand vor diesem großen Reformwerk. Die behauptete Mehrbelastung für die jüngere Generation dauert also maximal 10 Jahre mit abnehmender Tendenz.

Zwei Wochen nach dem Interview mit der BILD am Sonntag, in dem er die Erhöhung der **Mütterrente** als einen Baustein zur Altendiktatur anprangert, schreibt Herr Straubhaar in der „Welt“:

„Nicht die Älteren sind die Schwächsten der Gesellschaft. Vielmehr sind es die Frauen, vor allem, wenn sie keinen Partner haben. Sie müssten unterstützt werden.“ (Die Welt, 3.3.15)

Gibt es etwas Verlogeneres?

Auch nach der Reform gibt es übrigens noch eine Gerechtigkeitslücke:

Für Kinder die **nach 1992** geboren wurden, werden **3 Entgeltpunkte** angerechnet.

Für Kinder die **vor 1992** geboren wurden, werden aber nur **2 Entgeltpunkte** angerechnet.

Die Erhöhung der Mütterrenten um maximal einen Entgeltpunkt je Kind wird aus den Beiträgen zur Rentenversicherung finanziert. Es handelt sich hierbei aber eindeutig und unwidersprochen um eine staatliche familien- und sozialpolitische Maßnahme, die aus Steuermitteln finanziert werden muss.

Es ist absurd: Frauen (und deren Männer), die nicht einen Cent in die Rentenversicherung eingezahlt haben, bekommen Leistungen von den Beitragszahlern, deren Leistungen dadurch sogar noch reduziert werden (Folge des Dämpfungsfaktors „Rentenquotient“).

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ Richtigstellung 9

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Behauptung **Straubhaar** (Seite 15):

Die Alten- Diktatur kann verhindert werden, indem das Wahlrecht geändert wird. In Zukunft sollten die Eltern das Wahlrecht für ihre Kinder bekommen (eine Stimme pro Kind).

Mit dieser Forderung wird die Demokratie ausgehebelt!

Das Bundesverfassungsgericht stellte 1997 fest:

„Aus dem Grundsatz der Wahlgleichheit (...) folgt, daß die Stimme eines jeden Wahlberechtigten den gleichen Zählwert und die gleiche rechtliche Erfolgschance haben muß… Dieses Gleichheitserfordernis wendet sich historisch gegen eine unterschiedliche Gewichtung der Stimmen nach der Person des Wählers, seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse oder seinen Vermögensverhältnissen.“

Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheitsgrundsatz) gehört zu den unverletzbaren Grundrechten. Straubhaar will hier die Axt anlegen – das ist empörend!

In der Polemik gegen die Alten kommt kein Wort über die unzähligen ehrenamtlichen Tätigkeiten zum Wohle der Gesellschaft vor. Kein Wort über die Hilfeleistungen an ihre Kinder und Enkelkinder. Es würden noch weniger Frauen einer Tätigkeit nachgehen können, wenn nicht Oma und Opa die Enkelkinder von den Kitas oder Schulen abholen würden, weil die Gesellschaft nicht dafür sorgt, dass der Beruf und die Familie unter einen Hut zu bringen sind.

Straubhaar zum Schluss:

„Das Renteneintrittsalter (müsste) alle zehn Jahre um ein Jahr steigen. Heute könnte man mit 65 in Rente gehen, 2025 mit 66 und so weiter.“

Herr Straubhaar lebt wirklich auf einem anderen Stern. Wie kann es ihm entgangen sein, dass die Rente mit 67 bereits im Jahre 2030 Wirklichkeit sein soll und nicht erst wie von ihm gefordert 2035?

BILD am Sonntag 22.02.2015: „Nach uns die Armut“ **Richtigstellung 10**

Herr Straubhaar stellt Behauptungen auf, die er mit NICHTS belegt.

Die „Beweise“ scheinen im BamS-Artikel durch „neutrale“ Zahlen geliefert zu werden.

Diese sind aber schlampig und verzerrend ermittelt und berechnet. Vieles wird verschwiegen.

Ständige Behauptungen in **BILD und BILD am Sonntag** und in anderen Medien:

„Die Alten beuten die Jungen aus!“
„Rentenreformen müssen Kinder und Enkel bezahlen“
„Generationenkrieg“
„Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf!“

Trotz dieser, seit über 15 Jahren ständig wiederkehrenden Schlagzeilen, sehen es große Mehrheiten in der Bevölkerung offensichtlich ganz anders (Seite 17).

Die Ergebnisse der von Bild am Sonntag beauftragten **Emnid-Umfrage vom 19.02.2015**:

Wäre es gerecht, wenn die Rentner zugunsten zukünftiger Generationen auf Teile ihrer Rente verzichten müssten?

Darauf antworteten 84% mit NEIN!

Die Antworten wurden in Altersgruppen untergliedert. Demnach sieht das Meinungsbild so aus:

30 – 39 Jahre: NEIN sagen 99%
40- 49 Jahre: NEIN sagen 83%
65Jahre und älter: NEIN sagen 77%

Das ist alles andere als Generationenkrieg! Generationensolidarität ist offensichtlich stark gewünscht. Die unverschämte Warnung vor der „Diktatur der Alten“ hat keinerlei Basis.

Würden Sie eine Partei wählen, die die Renten kürzen will?

Darauf antworteten 89% mit NEIN!

Die Bild am Sonntag geht auf diese Frage und die eindeutige Antwort nicht ein! Sonst hätte sie getitelt: **„Sensationelle EMNID-Umfrage: Rentenkürzungsparteien für 89% nicht wählbar!“**

Wird ihre Rente im Alter zum Leben ausreichen?

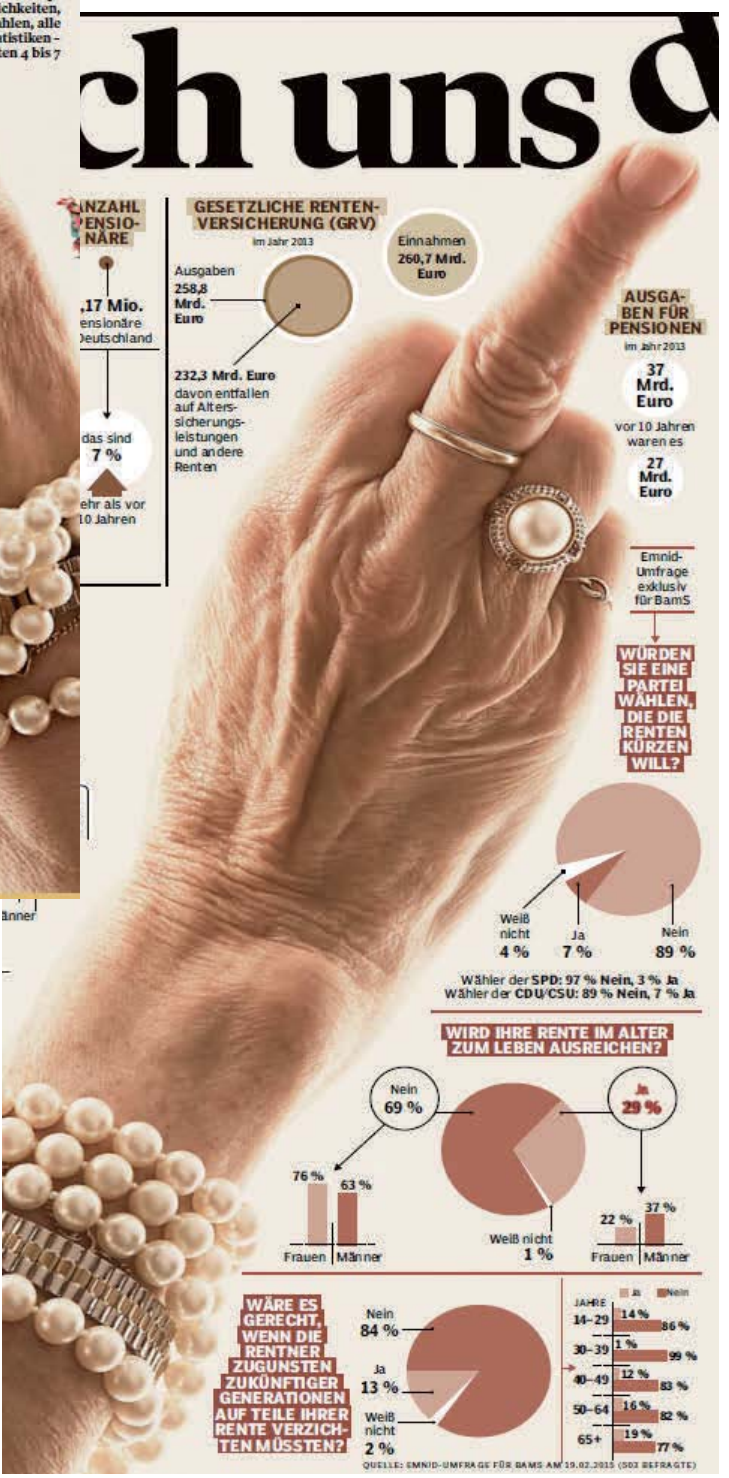
Darauf antworteten 69% mit NEIN!

Die BILD am Sonntag geht auf diese Antwort ein und rät dringend: privat vorsorgen - Riestern!

Obwohl im Artikel festgestellt wird, dass die Riester-Renten sehr geringe Rendite bringen, werden sie empfohlen!

Das Naheliegende, die Stärkung der gesetzlichen Rente, wird von der Bild am Sonntag nicht erwähnt. Kein Wunder, hat sie das Umlageverfahren seit über 15 Jahren kaputt geschrieben.

Bild am Sonntag vom 22. Februar 2015



Einem reißerischen und aufhetzenden Aufmacher

folgen vier Seiten voller Desinformation und die hochinteressanten Ergebnisse einer Emnid Umfrage, die den Artikeln völlig widersprechen.

„Am Ende droht die Diktatur der Alten“

Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar über Wohlstand und politische Macht der Rentner

Der Schweizer Volkswirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar (57) war von 2005 bis 2014 Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts

BILD am SONNTAG: ***Herr Professor Straubhaar, wie gut geht es den Rentnern in Deutschland?***

VON ROMAN EICHINGER

THOMAS STRAUBHAAR: Der heutigen Rentnergeneration geht es besser als jeder Rentnergeneration vor ihr. Wie erfolgreich die deutsche Wirtschaft und der deutsche Sozialstaat in den vergangenen 60 Jahren waren, zeigt sich nirgends so deutlich wie bei den Rentnern. Der überragende Teil der über 65-Jährigen braucht jenseits von Rente, betrieblicher und eigener Vorsorge keinen weiteren Cent vom Staat, um über die Runden zu kommen. Altersarmut existiert in Deutschland praktisch nicht. Den Rentnern geht es im Vergleich zu jungen Familien oder Alleinerziehenden und auch im internationalen Vergleich also rosig.

Und warum ist diese Generation dann oft so empfindlich?

Mit höherem Wohlstand steigt der Appetit auf mehr. Die Ansprüche der Rentner an ein gutes Leben im Alter sind heutzutage ebenfalls so hoch wie nie zuvor. Die Älteren profitieren auch von der ersten Vererbungslawine: Die in den 30er- und 40er-Jahren Geborenen kommen jetzt ins ganz hohe Lebensalter. Sie waren die erste Generation, die ihr ganzes Leben lang ohne Krieg Vermögen oder Wohneigentum aufbauen konnte. Sie vererben das jetzt an ihre 50- oder 60-jährigen Kinder. Das stärkt die Älteren finanziell weiter.

Trotzdem ist die Angst, im Alter arm zu sein, in Deutschland sehr ausgeprägt. Woran liegt das?

Das ist geprägt durch die Erinnerung an die eigenen Eltern oder Großeltern, die in der Nachkriegszeit Deutschland wieder aufgebaut haben und im Alter abgekämpft und zermürbt mit vergleichsweise niedrigen Renten auskommen mussten.

Sind die Rentner von heute die letzte Generation, die im Alter finanziell gut gestellt ist?

Diese goldene Generation wird die letzte sein, die vergleichsweise jung in Ruhestand gehen konnte und diesen auch finanzieren kann. Wer in den 60er-Jahren oder danach geboren ist, muss schon länger arbeiten und wird trotzdem am Ende weniger Rente bekommen.

Die Babyboomer gehen in den nächsten 10 bis 15 Jahren in den Ruhestand. Welchen Einfluss hat die zunehmende Zahl der Rentner auf die Politik, die gemacht wird?

Es ist dramatisch: In Deutschland kann schon heute keine Politik mehr gegen die Interessen der Senioren gemacht werden. Wer an den Privilegien der Älteren rüttelt, wird abgestraft. Wahlsiege sind nur noch mit den Stimmen der Rentner möglich.

Erleben wir mit den Entscheidungen der Großen Koalition zur Erhöhung der Mütterrente und der Rente mit 63 bereits die ersten Zugeständnisse an die Älteren?

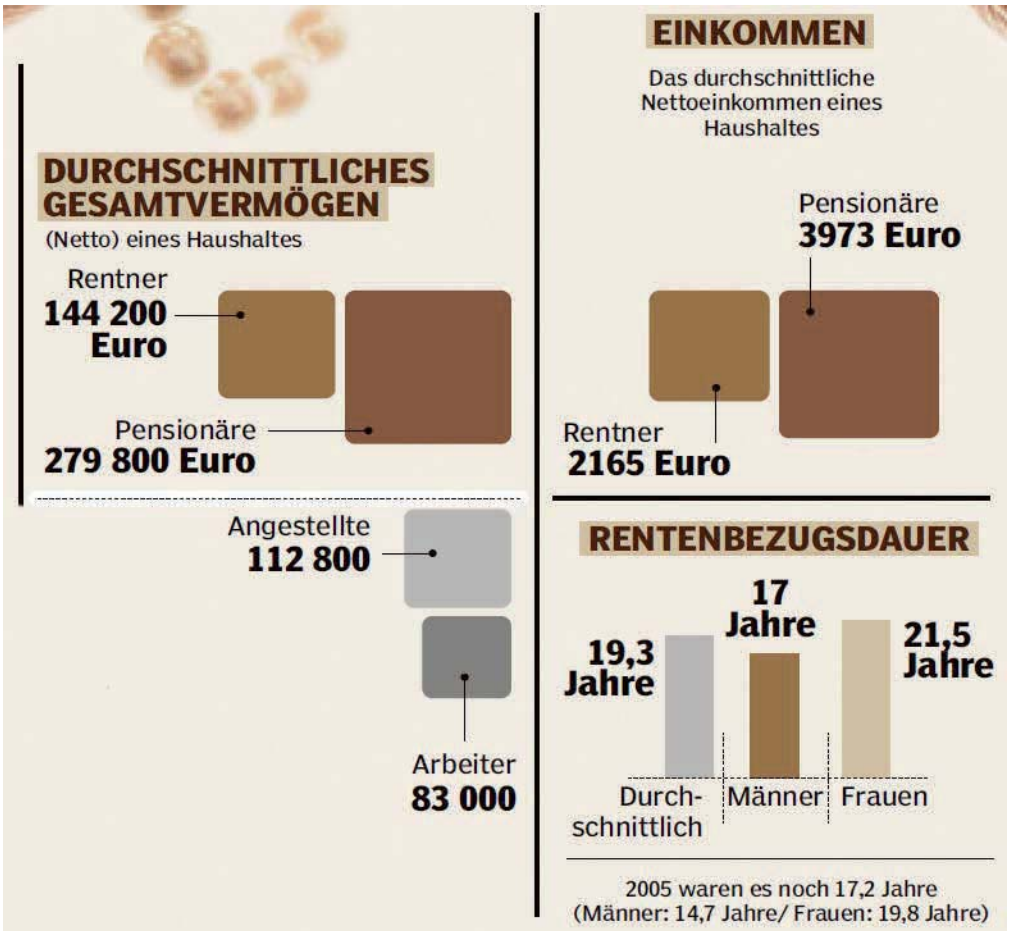
Absolut. Die Große Koalition hat verstanden, dass die Chancen für eine Wiederwahl steigen, wenn sie Politik für die Älteren macht. Die jüngere Generation gerät dabei politisch in die Defensive, am Ende droht die Diktatur der Alten. Denn die Grauen Panther sind heute ja – zum Glück – gebildet, interessiert, motiviert und haben einfach mehr Zeit, sich politisch zu engagieren als die „Sandwich-Generation“ der 20- bis 60-Jährigen, die zwischen Beruf, Kindern und Kümmern um die eigenen Eltern aufgerieben wird.

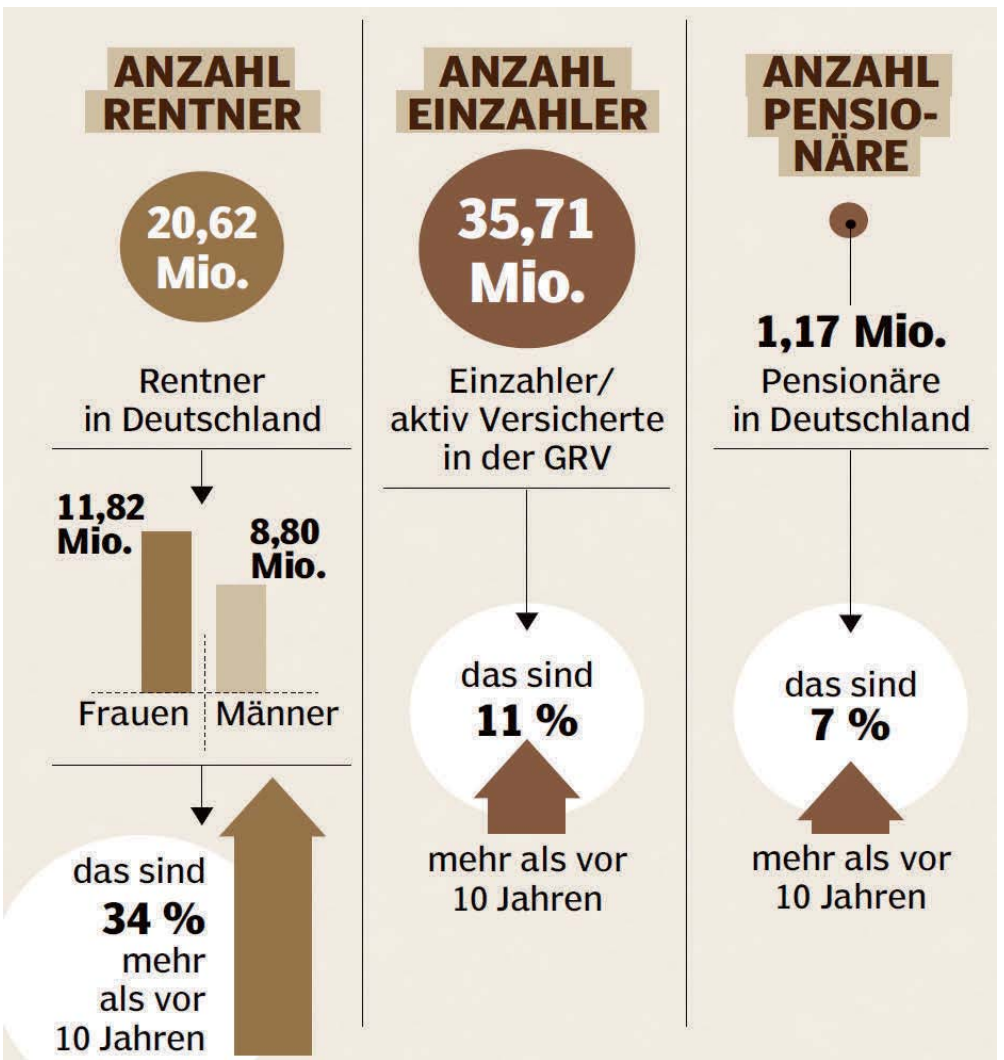
Werden die Älteren eines Tages freiwillig Macht und Einfluss abgeben?

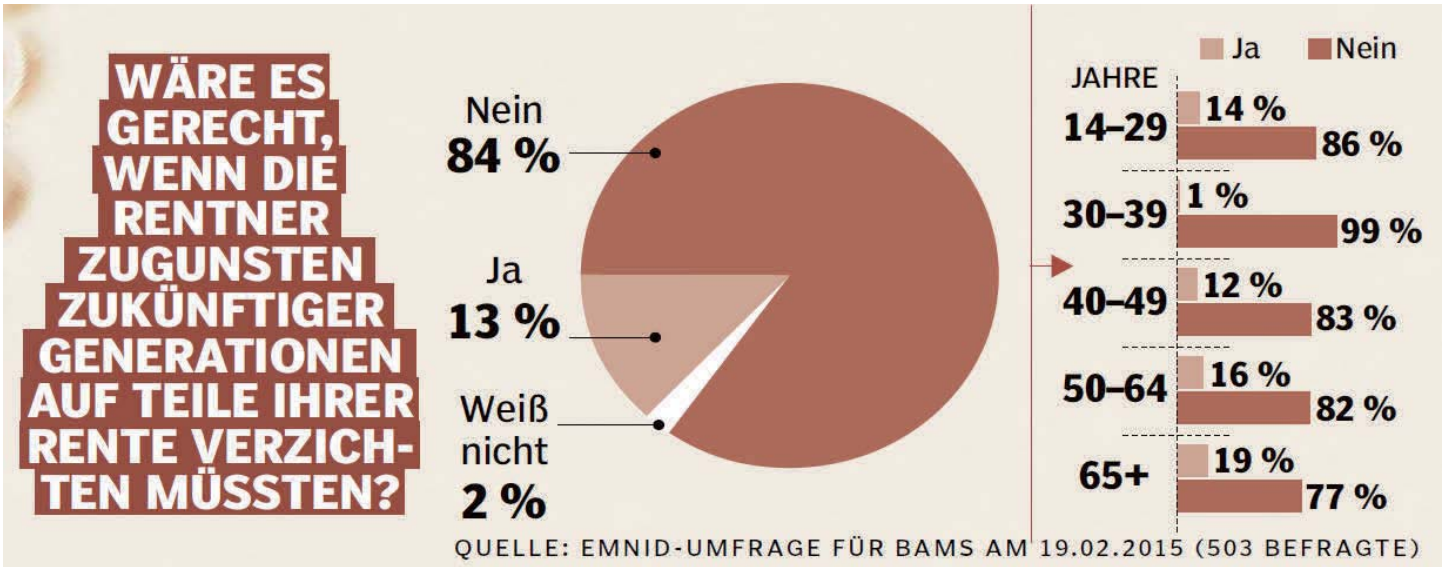
Wenn ich mir die Rentenreform des letzten Jahres anschaue, ist diese Hoffnung naiv. Das Rad wird doch gerade zulasten der Jüngeren zurückgedreht.

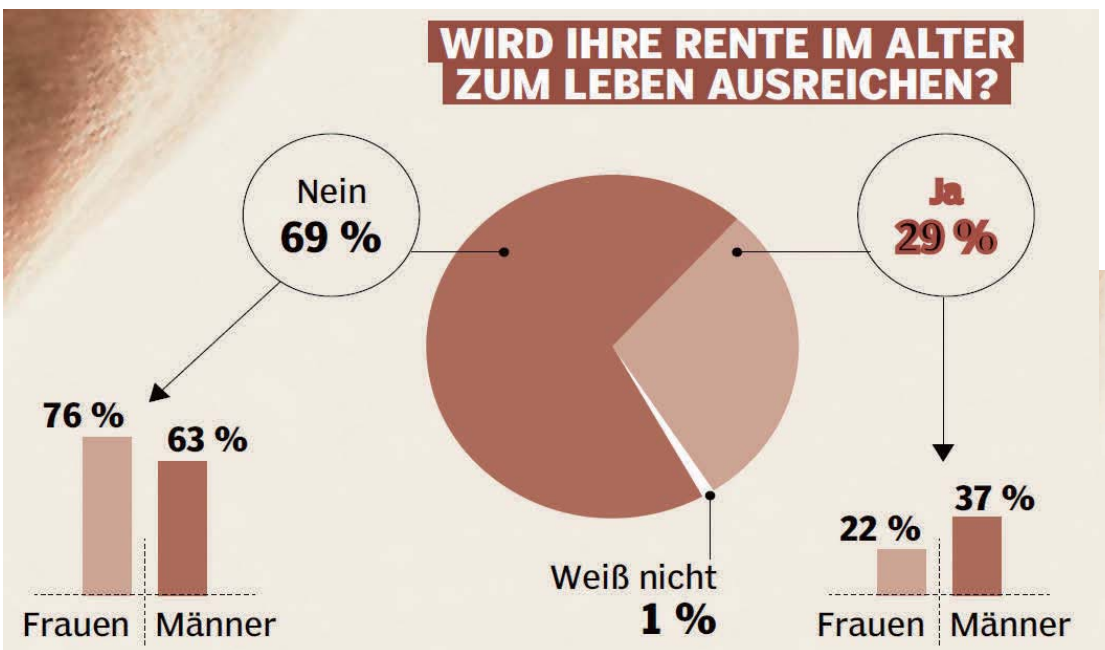
Wie lässt sich eine Diktatur der Alten noch verhindern?

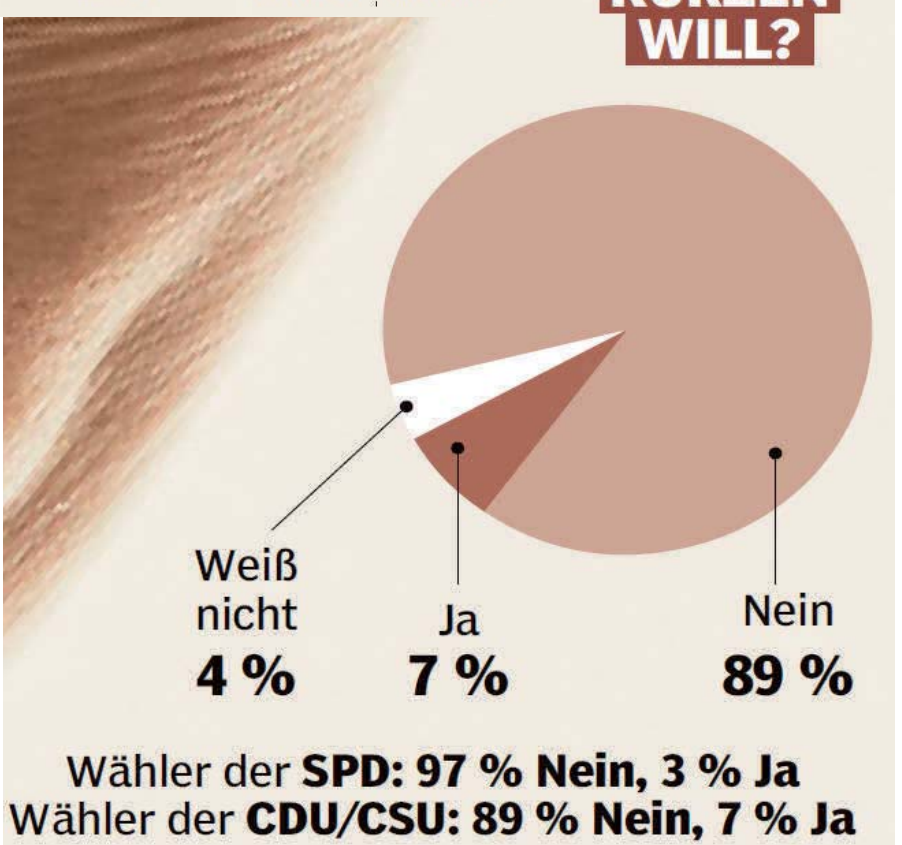
Ich hätte zwei Empfehlungen an die Politik: Erstens müsste die Regierung ein Familienwahlrecht einführen. Für jedes Kind hätten die Eltern dann eine Stimme zusätzlich. Zweitens: Nur eine Hälfte der geschenkten wunderbarerweise immer längeren Lebenszeit geht in Altersfreizeit, die andere Hälfte sollte gearbeitet werden. Pro Jahrzehnt steigt die Lebenserwartung in Deutschland um zwei Jahre – demzufolge müsste das Renteneintrittsalter alle zehn Jahre um ein Jahr steigen. Heute könnte man mit 65 in Rente gehen, 2025 mit 66 und so weiter.


DURCHSCHNITTLICHES GESAMTVERMÖGEN
(Netto) eines Haushaltes
Rentner
144 200 Euro
Pensionäre
279 800 Euro
Angestellte
112 800
Arbeiter
83 000
EINKOMMEN
Das durchschnittliche Nettoeinkommen eines Haushaltes
Pensionäre
3973 Euro
Rentner
2165 Euro
RENTENBEZUGSDAUER
19,3 Jahre
17 Jahre
21,5 Jahre
Durch-schnittlich
Männer
Frauen
2005 waren es noch 17,2 Jahre
(Männer: 14,7 Jahre/ Frauen: 19,8 Jahre)


ANZAHL RENTNER
20,62 Mio.
Rentner in Deutschland
11,82 Mio.
8,80 Mio.
Frauen
Männer
das sind 34 % mehr als vor 10 Jahren
ANZAHL EINZAHLER
35,71 Mio.
Einzahler/ aktiv Versicherte in der GRV
das sind 11 %
mehr als vor 10 Jahren
ANZAHL PENSIO-NÄRE
1,17 Mio.
Pensionäre in Deutschland
das sind 7 %
mehr als vor 10 Jahren


WÄRE ES GERECHT, WENN DIE RENTNER ZUGUNSTEN ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN AUF TEILE IHRER RENTE VERZICHTEN MÜSSTEN?
Nein 84 %
Ja 13 %
Weiß nicht 2 %
Ja
Nein
JAHRE
14–29 14 % 86 %
30–39 1 % 99 %
40–49 12 % 83 %
50–64 16 % 82 %
65+ 19 % 77 %
QUELLE: EMNID-UMFRAGE FÜR BAMS AM 19.02.2015 (503 BEFRAGTE)


WIRD IHRE RENTE IM ALTER ZUM LEBEN AUSREICHEN?
Nein 69 %
Ja 29 %
Weiß nicht 1 %
76 %
63 %
Frauen
Männer
22 %
37 %
Frauen
Männer


WÜRDEN SIE EINE PARTEI WÄHLEN, DIE DIE RENTEN KÜRZEN WILL?
Weiß nicht 4 %
Ja 7 %
Nein 89 %
Wähler der SPD: 97 % Nein, 3 % Ja
Wähler der CDU/CSU: 89 % Nein, 7 % Ja

Politiker die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen sind für uns nicht wählbar!

Wir fühlen uns verhöhnt und betrogen!

Man sagt, die Alten beuten die Jungen aus. Es gäbe keine Generationengerechtigkeit.

Deshalb senkt man die Rente systematisch bis 2030. Das Rentenniveau wurde von 53% des letzten Nettoeinkommens im Jahr 2000 auf heute 49% gesenkt. Im Jahr 2030 soll sie nur noch 43% betragen.

Das gilt für jetzige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner.

Das Rentenniveau sinkt also in 30 Jahren um ca. 20%! Man treibt sehr viele von uns in die Altersarmut und sagt dazu, das ist gerecht.
Wir sagen: das ist der blanke Hohn!

Den Jungen erklärt man: ihr müsst privat vorsorgen um eure Altersarmut zu verhindern. Mindestens 4% vom Brutto an private Versicherungen sollen helfen.

Wir sehen darin einen Betrug an den jüngeren Generationen. Sie sollen jetzt schon (und nicht erst in 16 Jahren) 4% mehr zahlen – und das allein, die Arbeitgeber sparen 2%. Die Erträge aus den Versicherungen sind sehr unsicher und sinken dramatisch.

Selbst dieser betrügerische Weg ist für uns abgeschnitten. Unser Renten- und damit Lebensniveau wird sinken, dagegen können wir nichts mehr machen.

Das sollen wir jedenfalls glauben. Wir wissen aber:

Gesetze werden von Politikern gemacht, sie können auch von Politikern geändert werden!

Deshalb erklären wir:

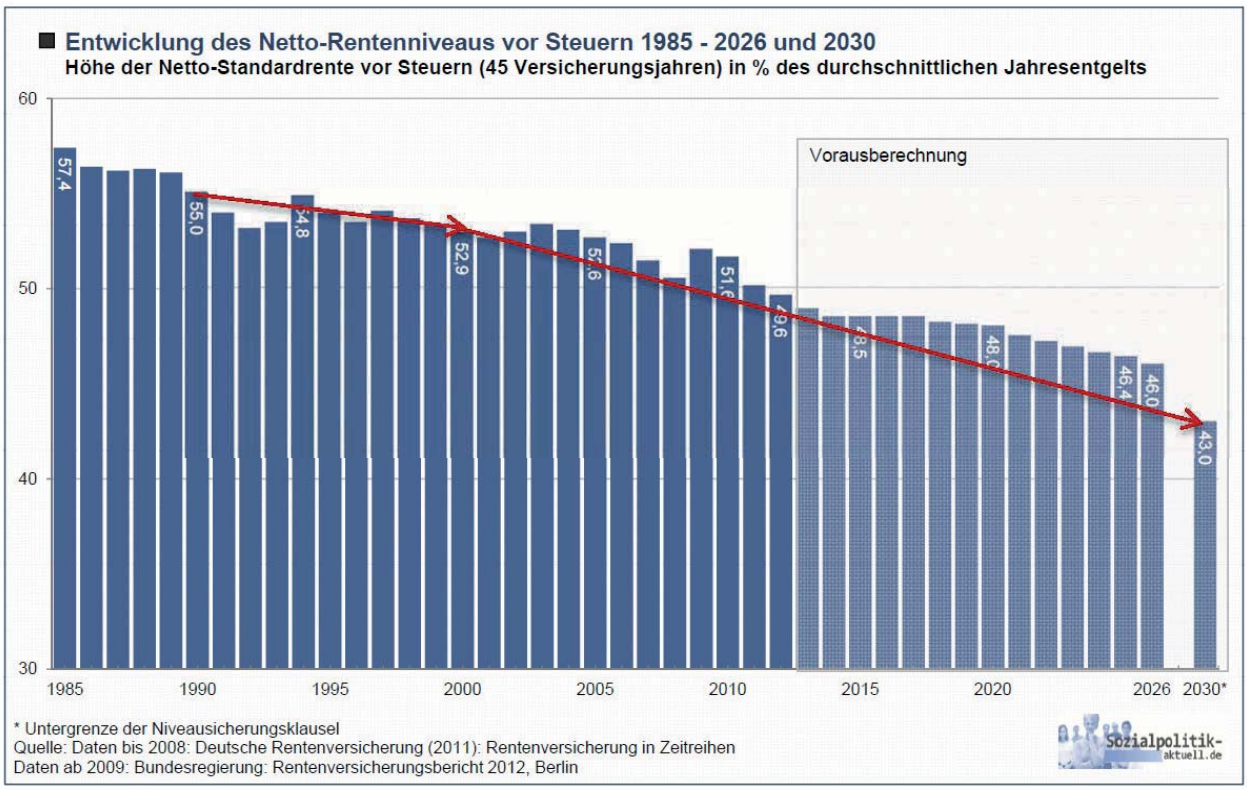
--zum Unterschreiben bitte das gesonderte Blatt verwenden --

Argumente im Detail auf der Rückseite

V.i.S.d.P.: Peter Seeger, IG Metall Kiel/Neumünster, Legienstr. 22-24, 24103 Kiel

Argumentationszettel zum Aufruf „Politiker die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen sind für und nicht wählbar!“

1. Mit dem Altersvermögensgesetz 2001, wurde das Ziel ausgegeben, den RV-Versicherungsbeitrag bis 2020 nicht über 20% und bis 2030 nicht über 22% ansteigen zu lassen.
   In die Formel zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes wurden dazu der „Riester-Faktor“ (2001) und der „Nachhaltigkeitsfaktor“ (2004) eingeführt. Diese Formel gilt gleichermaßen für die Bestandsrentner, wie für zukünftige Rentner. Das Netto-Rentenniveau (vor Steuern) soll darüber von 53% im Jahre 2000 auf 43% im Jahre 2030 gesenkt werden.



2. Ein Standardrentner (45 Jahre lang Beiträge auf Durchschnittseinkommen) bekommt heute eine Nettorente von 1.139€. Sie würde bei 53% 1.232€ betragen und bei 43% nur noch 1.000€. Die Differenz beträgt 232€, das macht von dem Ausgangsniveau im Jahr 2000 ausgehend eine Senkung von 19% bis 2030. Da durch die Jahr für Jahr ansteigende nachgelagerte Besteuerung die Steuerabzüge wachsen werden, wird die tatsächliche Absenkung des Rentenniveaus bei deutlich über 20% liegen.
3. Zwischenbilanz der „erfolgreichen“ Reform: Zwischen 2003 bis 2013 (11 Jahre) stiegen die Renten um 8,8%, die Preise um 19,3% und die Löhne um 18,95% (alle Zahlen DRV).
4. Im Jahr 2001 wurde bei der Verabschiedung des AVmG davon ausgegangen, dass die Absenkung des Rentenniveaus durch private Vorsorge in Höhe von 4% des Bruttolohnes kompensiert werden könnte. Die Modellrechnungen dazu gingen von einem Zinsniveau von 4% aus. Heute beträgt der Garantiezins 1,75%, nächstes Jahr wird er bei 1,25% liegen.
5. Die 4% zahlen Arbeitnehmer allein (wenn sie es überhaupt können) und zwar seit 2008, wenn sie die staatlichen Zulagen in vollem Umfang erhalten wollen. **Das unglaublich absurde: Damit der Beitragssatz 2030 nicht auf 24% steigt, sollen Arbeitnehmer seit 2008 13% bis 14% zahlen, die Arbeitgeber aber nur 9% bis 10%! Zusammen werden also seit 2008 bereits 22% bis 24% für Rentenversicherungsbeiträge ausgegeben!**
6. Die Forderung nach Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 55% (netto) ergibt sich aus den Erfahrungen: Bis 1990 lag des Nettorentenniveau über lange Jahre zwischen 56 und 58%. Da konnte man noch von einer Lebensstandardsicherung im Alter reden.

Dem folgenden Aufruf der gewerkschaftlichen Senioren haben sich schon viele Menschen, Gruppen und Organisationen angeschlossen:

Politiker die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!

Wir werden in Zukunft keinem Politiker mehr unsere Stimme geben, der nicht bereit ist, den Kurs zur massenhaften Altersarmut umzudrehen.

Wählbar sind für uns nur noch Politiker, die sich dafür einsetzen, die umlagefinanzierte Rente in den alten Stand zurück zu versetzen.

Ziel muss wieder sein: Lebensstandardsicherung im Rentenalter. Anhebung der Rente auf mindestens 53% des Nettoeinkommens der aktiv Beschäftigten!

Name	Straße	Wohnort	Unterschrift

Der Aufruf und die Unterschriftenliste sind von der Internet-Seite

www.seniorenaufstand.de

herunterzuladen. Auf dieser Seite finden sich auch viele Informationen zu der Kampagne und zur Problematik der Rentenpolitik.

V.i.S.d.P.: Peter Seeger, IG Metall Kiel/Neumünster, Legienstr. 22-24, 24103 Kiel